

Wiebke Knell

KNELL ZUM HOFBESUCH BEIM LEITBETRIEB FÜR WASSERSCHUTZ

27.06.2018

KNELL zum Hofbesuch beim Leitbetrieb für Wasserschutz

- **Knell besucht Wetterauer landwirtschaftlichen Leitbetrieb zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie**
- **Wieder mehr mit den Landwirten reden als über sie**
- **Wertschätzung für die hohe Verantwortung die Landwirte für unsere Ernährung tragen**

WIESBADEN/NIDDATALE - Die landwirtschaftspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, Wiebke KNELL, hat den Erlenhof der Familie Schneller in Niddatal-Assenheim besucht, der als Leitbetrieb für die Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie fungiert. Knell informierte sich beim Kreislandwirt Michael Schneller vor allem über die Thematik der Wasserrahmenrichtlinie, den Grundwasserschutz und den Nitratgehalt im Wasser.

Das „Projekt Grundwasserschutz“ wird vom Kreis getragen. Es sind zwei Fachteams - beim Maschinenring Wetterau sowie beim Ingenieurbüro Schnittstelle Boden – mit der Erarbeitung der Maßnahmen, der Beratung der Landwirte und der Ergebnismessung beauftragt. Durch gezielte Messungen und kompetente Beratung wurden erhebliche Einsparungen bei der Düngung erreicht. „Das Projekt zeigt, dass individuelle und kooperative Projekte zur Verminderung der Nitratbelastung wesentlich zielorientierter sind, statt mit einer bürokratischen Düngeverordnung deutschlandweit einheitliche Regelungen zu schaffen, die die Bodenbeschaffenheit und die Wirtschaftsform völlig

außer Acht lassen“, so Wiebke Knell. Sie ist Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Hessischen Landtags.

„Insgesamt sollten wir dazu übergehen, wieder mehr mit den Landwirten zu reden, als über sie. Landwirte tragen eine hohe Verantwortung für unsere Ernährung und bewirtschaften seit Jahrhunderten ihre Böden schonend und nachhaltig. Es liegt daher den Freien Demokraten am Herzen, dass unsere Landwirte nicht mit überzogener Bürokratie stranguliert werden. Wir müssen Mittel und Wege schaffen, dass die regionale Landwirtschaft zum Wohle der Bürger wieder einen höheren Stellenwert bekommt.“